

Weeber, Joachim

**Article — Digitized Version**

## Wann führt wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Weeber, Joachim (1997) : Wann führt wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 3, pp. 180-184

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137457>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Joachim Weeber

## Wann führt wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung?

*Trotz erwarteter guter Konjunkturaussichten wird im Verlauf dieses Jahres zunächst mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet. Hat sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gelockert? Ab welcher Wachstumsrate ist heute mit mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit zu rechnen?*

Wirtschaftliches Wachstum bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Diese Horravorstellung der Wirtschaftspolitiker wird sich nach den bisher vorliegenden Vorhersagen über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1997 leider erfüllen. Damit ist eine der wichtigsten Beziehungen in der Ökonomie, der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsentwicklung auf der einen Seite sowie der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite, wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt<sup>1</sup>. Ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2½% für das Jahr 1997, wie es der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahresgutachten prognostiziert, das keine neuen Arbeitsplätze schafft (jobless growth), würde auf Dauer mit Sicherheit große gesellschaftliche Probleme mit sich führen.

Die Fragen, die aus Sicht des Arbeitsmarktbeobachters interessieren, lauten daher:

- Wie kann es theoretisch zu einer solchen Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung kommen?
- Ist eine solche Entkopplung überhaupt empirisch nachweisbar bzw. ist sie stärker geworden, so daß die Gefahr im laufenden Aufschwung besteht, daß die Beschäftigungseffekte des wirtschaftlichen Wachstums im Vergleich zu früheren Perioden geringer sein werden? Oder fehlt es einfach „nur“ an Wirtschaftswachstum über eine längere Zeit, um Arbeitsplätze in größerer Zahl schaffen zu können?

Die grundsätzlichen Überlegungen eines Auseinanderfallens von Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt sind schon lange bekannt. Bereits 1962 hat Arthur M. Okun den Zusammenhang von Sozialprodukts- und Beschäftigungsgradentwicklung untersucht<sup>2</sup>. Eine erste intensivere Auseinandersetzung in Deutschland fand im Zusammenhang mit der Diskussion um die sogenannte Entkoppelungsthese statt, die einen engen Zusammenhang beider Größen bestritt<sup>3</sup>.

Dabei geht es um die Frage, wo es zu Bruchstellen der postkeynesianischen Wirkungskette – Mehrnachfrage führt über eine zunehmende Produktion auch zu einer steigenden Beschäftigung – kommen kann. Zur Erläuterung solcher Bruchstellen wird von der Möglichkeit des Auseinanderfallens von Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausgegangen, dessen Grundlage die zeitliche Trennung von Mengen- und Preiseffekt ist. Auf zusätzliche Investitionsgüternachfrage und auf zusätzliche Konsumgüternachfrage, die aus Einkommenssteigerungen resultiert, reagieren Unternehmen mit Produktionssteigerungen. Dies geschieht so lange, bis das Beschäftigungsvolumen ausgeschöpft ist. Erst dann folgt bei weiterer Nachfrageerhöhung der

<sup>1</sup> „One of the most important relationships in economics is that between the production of real output on the one side and the employment and unemployment of labor on the other.“ B. Friedman, M. Wachter: Unemployment: Okun's Law, Labor Force, and Productivity, in: The Review of Economics and Statistics, 1974, S. 167-176, hier S. 167.

<sup>2</sup> Vgl. A. Okun: Potential GNP: Its Measurement and Significance, „Proceedings of the Business and Economic Statistics Section of the American Statistical Section Association, 1962, S. 98-104.

<sup>3</sup> Als Beispiel für einen Vertreter dieser These sei an dieser Stelle auf folgende Publikation hingewiesen: W. Sengenberger: Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit – auch ein Strukturproblem des Arbeitsmarktes, Frankfurt a. M. 1978. Zur theoretischen Auseinandersetzung mit der Entkoppelungsthese vgl. U. Reineke: Segmentationstheorien des Arbeitsmarktes und Beschäftigungsniveau, Frankfurt a. M. 1986.

---

*Dr. Joachim Weeber, 38, ist Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordakademie, Pinneberg.*

Preiseffekt. Sind also die Produktionskapazitäten nicht voll ausgelastet und besteht ein Überschußangebot an Arbeit, führt ein Mehrnachfrage durch die Multiplikatorwirkung zu Mehreinkommen. Dieser Prozeß hält an, bis es wieder zu einem Ausgleich von Investition und Ersparnis kommt. Führen Einkommensveränderungen zu einem gleich starken Effekt auf die Beschäftigung, würde eine proportionale Beziehung vorliegen<sup>4</sup>.

Die Wirkungen der Einkommensveränderung auf die Beschäftigung sind somit zwar theoretisch einleuchtend, jedoch gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die zu einem Auseinanderfallen von Einkommens- und Beschäftigungseffekten führen können. Das gleichzeitige Auftreten mehrerer Effekte kann hierbei nicht ausgeschlossen werden<sup>5</sup>.

### Preis- und Produktivitätsentwicklung

Eine Erhöhung der Gesamtnachfrage führt genau dann zu keiner Erhöhung der Beschäftigung, wenn eine Erhöhung des Preisniveaus in entsprechendem Ausmaß erfolgt. Hier wird die Wahlmöglichkeit des Unternehmens deutlich, auf zusätzliche Güternachfrage entweder mit erhöhter Ausbringung und/oder mit Preissteigerungen zu reagieren, wobei die Durchsetzung von Preiserhöhungen nicht immer ganz problemlos sein dürfte. Dies hängt unter anderem von der jeweiligen konjunkturellen Lage ab, die Überwälzungsspielräume eröffnet oder nicht. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einer Simultaneität von Preis- und Mengeneffekten sprechen. Daß in aller Regel nur Kombinationen beider Effekte möglich sind, kann damit begründet werden, daß die Unternehmen bereits vor Erreichen der Vollbeschäftigung Probleme bei der Befriedigung ihrer Nachfrage nach Arbeitskräften haben können. Damit sind aber Preissteigerungen infolge von Nominallohnerhöhungen zu erwarten.

Auch die Anpassung der Arbeitsproduktivität kann dazu führen, daß der Anstieg der Gesamtnachfrage sich nicht in entsprechenden Beschäftigungsgewinnen niederschlägt, denn durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität kann eine Zunahme der Güterproduktion bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen erreicht werden.

Der Unternehmer hat hier eine Technikentscheidung zu treffen (mittel- bzw. langfristiger Aspekt).

Wenn die Neueinstellung von Arbeitskräften hohe Kosten verursacht, wird eine kostengünstigere technische Anpassung vorgezogen. Diese Entkoppelung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität findet in der sogenannten Scherenbildung von Produktions- und Produktivitätsentwicklung ihren Ausdruck. Die daraus entstehende Arbeitslosigkeit wird auch als technologische Arbeitslosigkeit bezeichnet.

Für den kurzfristigen Zusammenhang gilt, daß bei einem Anziehen (einer Abschwächung) der wirtschaftlichen Aktivität die Arbeitsinputs – in Form von neuen Beschäftigten – nur unterproportional erhöht (vermindert) werden. Dies erklärt sich aus dem „quasi-fixen“ Charakter der Arbeit: eine Anpassung des Personalbestands an Nachfrageschwankungen ist aus verschiedenen Gründen nur zum Teil möglich. Zu nennen sind hier Tarifvereinbarungen und Kündigungsschutzvorschriften, Kosten der Entlassung und Wiedereinstellung, Kosten der Ausbildung und Einarbeitung etc<sup>6</sup>.

Eine überproportionale Steigerung der Beschäftigtenproduktivität ist dann meßbar, wenn mit einer stärker kapazitätsorientierten Flexibilisierung der Arbeitszeit auf Veränderungen der Güternachfrage reagiert wird. So kann auch durch eine Erhöhung der Arbeitsstundenzahl der bereits Beschäftigten eine steigende Güternachfrage befriedigt werden. Die aus der steigenden Güternachfrage resultierende zusätzliche Arbeitsnachfrage kann also entweder dadurch gedeckt werden, daß die Beschäftigtenzahl erhöht wird, oder daß bei gleicher Beschäftigtenzahl die Zahl der Überstunden erhöht und/oder die Kurzarbeit verringert wird. Daraus folgt, daß die aus einer Mehrproduktion resultierende Steigerung des Arbeitsvolumens nur dann zu einer Verringerung der Arbeitslosenquote führt, wenn die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen konstant bleiben.

Bei einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung kann zumindest kurzfristig von einer Reaktion über den Parameter „Variation der Arbeitszeit je Erwerbstätigen“ ausgegangen werden. Zudem dürften die Unternehmen in Rezessionsphasen ihre Arbeitsabläufe überprüfen, so daß in der konjunkturellen Aufschwungsphase eine verbesserte Arbeitsorganisation auch zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität pro Stunde

<sup>4</sup> Dies ist die Folgerung aus der sogenannten „Proportionalitätshypothese“, nach der die Veränderung des Beschäftigungsgrades proportional zu der Veränderung des Sozialproduktes ist; vgl. W. Beveridge: Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft, Hamburg 1946.

<sup>5</sup> Vgl. auch H. Baisch: Wirtschaftstheoretische Überlegungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: W. Peters (Hrsg.): Beiträge aus dem Arbeitskreis SAMF zur Diskussion über Probleme der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, SAMF-Arbeitspapier 1982-2, Paderborn 1982, S. 33 ff.

<sup>6</sup> Vgl. dazu bereits W. Oi: Labor as a Quasi-Fixed Factor, in: The Journal of Political Economy, Band 70/1962, S. 538-555.

führen kann. Erst bei einem länger andauernden Wirtschaftsaufschwung wird auch eine Anpassung über die Steigerung der Beschäftigungszahl erfolgen.

### Erhöhung des Arbeitsangebots

Ein steigendes Arbeitsangebot kann auch dazu führen, daß eine Mehrnachfrage zwar die Zahl der Erwerbstätigen erhöht, den Beschäftigungsgrad jedoch unverändert läßt. Ursache dafür können demographisch bedingte Steigerungen des Arbeitsangebots, wirtschaftlich bedingte Änderungen der Erwerbsbeteiligung und Überschüsse bei den Wanderungsbewegungen sein<sup>7</sup>.

Die Veränderungen des Arbeitsangebots sind dabei zum Teil unmittelbar von der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung abhängig. Deutlich zeigt sich dies am Zusatzarbeitereffekt („additional worker“-Effekt) und an seinem Gegenpart, dem Entmutigungs- bzw. Resignationseffekt („discouraged worker“-Effekt). Diese werden durch Variationen des Familien- bzw. Haushaltseinkommens und der Beschäftigungssituation – insbesondere des Hauptverdieners – ausgelöst.

Als Beispiel für einen solchen Fall kann das zunehmende Auftreten von Ehefrauen auf dem Arbeitsmarkt dienen, deren Männer von einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes betroffen sind: Bei einer Reduzierung des Einkommens durch Arbeitslosigkeit der Primärarbeitskraft bieten die anderen Familienmitglieder ihre Arbeitskraft verstärkt auf dem Arbeitsmarkt an, um den Einkommensverlust auszugleichen. Die Folge hiervon ist die Steigerung der Erwerbspersonenzahl: das Arbeitsangebot nimmt zu.

Gleichzeitig kann aber eine steigende Arbeitslosenquote auch dazu führen, daß Arbeitsuchende entmutigt werden und, da sie in diesem Fall nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen: das Arbeitsangebot nimmt ab, und diese Arbeitslosen wandern in die sogenannte „Stille Reserve“. Welcher Effekt schließlich überwiegt und inwieweit es damit zu einem Nettoeffekt kommt, ist umstritten.

Zu diesen wirtschaftlich bedingten Schwankungen der Erwerbsbeteiligung können sozial bedingte Veränderungen des Arbeitskräfteangebots – vor allem

von Frauen – hinzutreten. Der zunehmende Wunsch von Frauen nach Selbstverwirklichung in der Arbeit und die größere „Notwendigkeit“ zum Zweitverdienst um einen gewünschten Lebensstandard zu erreichen oder zu sichern, können beispielhaft als Gründe dafür angeführt werden<sup>8</sup>.

Wanderungsgewinne zwischen zwei Gebieten – ein zusätzlicher Faktor – entstehen insbesondere dann, wenn die wirtschaftlichen Entwicklungen in den beiden Regionen sich in ihrer Dynamik deutlich unterscheiden und keine Hemmnisse beim „Grenzübertritt“ bestehen. Als geradezu klassisches Beispiel kann die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands angesehen werden, wobei hier der Tatbestand des „Pendelns“ zwischen beiden Regionen noch hinzukommt. Für die wirtschaftlich prosperierende Region (hier Westdeutschland) ergibt sich dabei eine Mehrbeschäftigung bei nur unterproportionaler Verringerung der Arbeitslosenquote.

### Empirischer Befund

Damit sind eine Fülle von potentiellen Entkopplungsmöglichkeiten aufgezeigt worden. Wie sieht aber das empirische Ergebnis aus? Für die Bundesrepublik Deutschland können mit Hilfe eines einfachen linearen Regressionsansatzes Schätzungen für ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren vorgenommen werden<sup>9</sup>. Die Berechnungen zeigen, daß seit Anfang der 60er Jahre eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um gut 3,3% notwendig war, um eine Verringerung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt zu erzielen. Dabei ist die Reagibilität der Arbeitslosenquote auf Veränderungen des wirtschaftlichen Wachstums seit Mitte der 80er Jahre deutlich stärker als in der Langfristbetrachtung: In dem Zeitraum von 1986 bis 1995 brauchte das Bruttoinlandsprodukt um lediglich 2,6% zu steigen, um die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt zu verringern. Die Entkoppelung zwischen Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt kann deshalb nicht bestätigt werden<sup>10</sup>. Dazu hat auch die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Zuge des Vereinigungsbooms nicht unerheblich beigetragen.

Für andere Arbeitsmarktindikatoren, wie z. B. die Zahl der Erwerbstätigen oder das Arbeitsvolumen (Produkt aus Zahl der Erwerbstätigen und der durch-

<sup>7</sup> Vgl. dazu u. a. A. Wagner: Demographisch bedingte Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: ifo-Schnelldienst, Heft 25-26/1994, S. 19-22.

<sup>8</sup> Vgl. zu diesen und anderen Aspekten: U. Mix-Ludwig: Angestellte: Alte Strukturen und neue Trends zur Auflösung der geschlechtsspezifischen Spaltung des Arbeitsmarktes, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/1994, S. 762-770.

<sup>9</sup> Die ökonometrischen Grundlagen sind in einem früheren Beitrag des Autors aufgeführt: J. Weeber: „Wachstum ohne Beschäftigung“? Wirtschaftswachstum schafft mehr Arbeitsplätze!, in: WSI-Mitteilungen, Heft 9/1995, S. 598-603.

<sup>10</sup> Vgl. zu diesen Ergebnissen auch E. Schäfer-Jäckel: Wachstum ohne Beschäftigung, in: RWI-Konjunkturbrief 4/1996

schnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen), konnten in der Vergangenheit deutlich stärkere Reaktionen auf Veränderungen des wirtschaftlichen Wachstums nachgewiesen werden. So hat beispielsweise Hof auf der Basis des „Beschäftigungsschwellenkonzepts“ berechnet, daß sich positive Beschäftigungswirungen in der Gesamtwirtschaft im Zeitraum 1960 bis 1992 bereits bei einem Wachstum von 2,1% ergab<sup>11</sup>. Die Einbeziehung der letzten Jahre ändert dabei nichts an diesem Ergebnis (vgl. Abbildung).

Dabei läßt sich bei einer Zerlegung dieses Zeitraumes in Teilzeiträume ein beschäftigungsintensiveres wirtschaftliches Wachstum in den jüngeren Teilab-

schnitten ermitteln. So zeigt die Betrachtung der Jahre von 1961 bis 1982, daß in diesem Zeitraum mit 2,9% ein sehr viel höheres Wirtschaftswachstum notwendig war, um einen positiven Beschäftigungseffekt erzielen zu können als im Zeitraum von 1961 bis 1995, also unter Einbeziehung der jüngeren Entwicklung, mit gut 2,0%. Nach 1982 lag die Beschäftigungsschwelle sogar nur noch bei 1,5%: ein Ergebnis, das auch von anderen Untersuchungen bestätigt wird<sup>12</sup>. Beschäftigungsauswirkungen sind daher in der jüngeren Zeit mit einem wesentlich geringeren Wirtschaftswachstum zu erreichen, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, daß nach der damaligen politischen Wende bei den Unternehmen eine positiv veränderte Erwartungshaltung zu einer offensiven Beschäftigungspolitik beigetragen hat.

Damit zeigt sich auch bei dem Indikator „Veränderung der Erwerbstätigenzahl“, daß der Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum noch enger geworden ist. Die „Beschäftigungsschwelle“ hat sich also abgesenkt. Auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat dazu festgestellt, daß die Arbeitsplatzschaffung in Europa inzwischen bei einem Wirtschaftswachstum von bereits 2% einsetzt, während

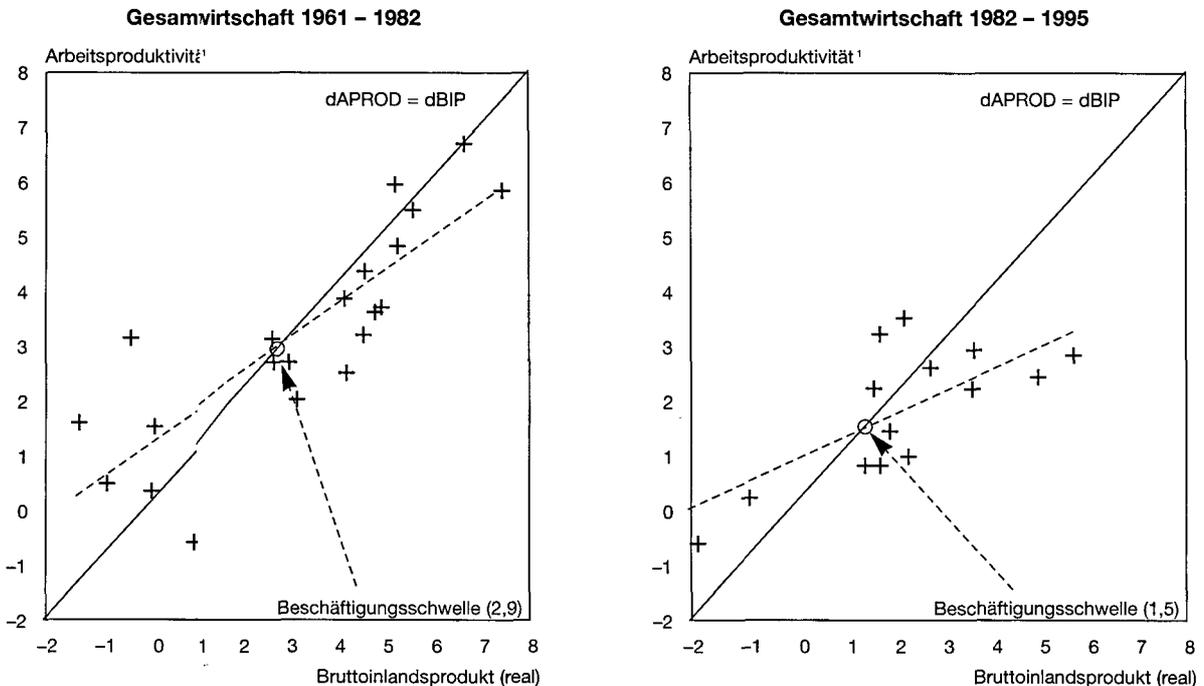
<sup>11</sup> Vgl. B. Hof: Beschäftigungsschwelle und Wachstum – was besagt die Empirie?, in: i-Studien, Heft 2/1994, S. 127-144. Zur Beschäftigungsschwelle v. auch W. Klauer: Zur Entwicklung von Produktivität und Beschäftigungsschwelle, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1990, S. 86-99.

<sup>12</sup> Vgl. E. Schäfer-Jäckel, a.a.O.

<sup>13</sup> Vgl. International Labour Office: World Employment 1996/97, Genf 1996, S. 21. Ein Ergebnis, das von Hof auch für die OECD bestätigt wird; vgl. B. Hof: Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020, Köln 1993.

**Grundzusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsproduktivität in Westdeutschland**

(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



<sup>1</sup> Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

früher hierfür 4,3% notwendig waren<sup>13</sup>. Mit einem forcierten Wirtschaftswachstum könnten heute also deutlich höhere Beschäftigungseffekte erzielt werden als in den Jahrzehnten zuvor. Damit wird der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt aber nicht nur langfristig bestätigt – eine Erkenntnis, die zum einen durch den moderaten, aber langanhaltenden Aufschwung in den 80er Jahren und zum anderen durch die kurzen, aber stürmischen konjunkturellen Expansionsjahre nach der deutschen Einheit gestützt wird. Dabei ist allerdings nicht auszuschließen, daß im aktuellen Konjunkturzyklus die Beschäftigungsschwelle im Zuge der derzeitigen und zukünftigen Rationalisierungen, vor allem im Dienstleistungssektor, über den in der Ex-post-Analyse ermittelten Werten liegt.

Im übrigen zeigen die theoretischen Ausführungen über die Entkoppelungsmöglichkeiten und die vorliegenden empirischen Ergebnisse auch, woher die in der Öffentlichkeit oftmals bestehenden Unsicherheiten über die richtige Interpretation der ermittelten Daten kommen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob die

Auswirkungen des wirtschaftlichen Wachstums direkt auf einen Beschäftigungsindikator (Erwerbstätige oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) oder auf den in der Öffentlichkeit wichtigsten Arbeitsmarktindikator „Arbeitslosenquote“ bezogen werden. Durch den beide Indikatoren verbindenden Faktor „Veränderung des Arbeitsangebotes“ kommt man zu dem Ergebnis, daß für eine Verringerung der Arbeitslosenquote mit 2,6% (1986 bis 1995) ein etwa doppelt so hohes Wirtschaftswachstum notwendig war als für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation mit 1,3%<sup>14</sup>.

### Fazit

Was jetzt auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten ist, hat sich in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen früherer Konjunkturzyklen ähnlich entwickelt, wenn zur Zeit überhaupt eine Aufschwungsphase im Sinne früherer Konjunkturzyklen vorliegt. Eine offensive Einstellungspolitik ist vor allem erst dann zu erwarten, wenn sich die Unsicherheiten bei den Unternehmen über die weitere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gelegt haben<sup>15</sup>. Erst in einem fortgeschrittenen Stadium der konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird es zu Neueinstellungen und zu einem deutlicheren Abbau der Arbeitslosigkeit kommen. Damit wird deutlich, daß zwar einerseits durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum nicht jede Form der Unterbeschäftigung beseitigt werden kann, dieses Wachstum aber andererseits zur Lösung des Arbeitslosenproblems wohl unverzichtbar ist. Die von manchen Autoren geäußerte Ansicht, daß der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland eher unsicher geworden oder sogar überhaupt nicht mehr vorhanden ist<sup>16</sup>, kann deshalb zumindest bisher durch die vorliegenden empirischen Ergebnisse nicht bestätigt werden.

<sup>14</sup> Vgl. dazu beispielsweise die verwirrende Berichterstattung im Handelsblatt vom 6./7. 12. 1996, S. 8, zur Pressekonferenz der Bundesanstalt für Arbeit hinsichtlich der Vorstellung der Arbeitslosenzahlen und zur RWI-Veröffentlichung „Studie zur Beschäftigungsschwelle“; sowie dazu auch die vwd-Meldung RWI: „Wachstum ohne Beschäftigung“ vom 9. 12. 1996.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch B. Hof: Die Beschäftigungsschwelle, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 6/1991, S. 281-286.

<sup>16</sup> Vgl. zu einer solchen Meinung etwa G. Bombach: Korreferat zum Referat H.-J. Krupp und K. Cabos (Geldpolitik und Beschäftigung), in: B. Gahlen u.a. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihrer Überwindung, Tübingen 1996, S. 389-393, hier S. 390. Ähnlich argumentiert auch der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Horst Siebert in einem Presseinterview: „Wirtschaftswachstum bringt keine neuen Stellen“, in: Hamburger Abendblatt vom 2. 1. 1997.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: N. N., Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Eckart Scharrer)

**Geschäftsführend:** Dr. Otto G. Mayer

**REDAKTION:**

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Christoph Kreienbaum (stellvertretender Chefredakteur), Wiebke Brudershausen, Dipl.-Vw. Susanne Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

**Anschrift der Redaktion:** Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

**Verlag, Anzeigenannahme und Bezug:**

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden, Tel. (0 72 21) 21 04-0, Telefax (0 72 21) 21 04 27

**Bezugsbedingungen:** Abonnementpreis jährlich DM 118,- (inkl. MwSt.), Studentenabonnement DM 59,- zuzüglich Porto und Versandkosten (zuzüglich MwSt. 7%); Einzelheft DM 10,-; Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende. Zahlungen jeweils im voraus an: Nomos-Verlagsgesellschaft, Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 1 vom 1. 1. 1993

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** AMS Wünsch Offset-Druck GmbH, 92318 Neumarkt/Opf.